



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 108. Ratssitzung vom 18. September 2024

3703. 2024/165

**Jugendvorstoss, vertreten durch Leandro Michael und Eleni Hidrogo,
vom 05.03.2024:
Gegen Diskriminierung an Zürcher Schulen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, den Jugendvorstoss in Form eines Postulats zur Prüfung entgegenzunehmen.

Auf eine ergänzende Begründung des Jugendvorstosses (vergleiche Beschluss-Nr. 3091/2024) wird verzichtet.

Samuel Balsiger (SVP) stellt den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Was ihr in eurer Jugend in der Schule und Gesellschaft erleben müsst, ist schockierend. Vor ein paar Wochen wurde eine Studie zur Verbreitung von Gewalt unter Kindern und Jugendlichen publiziert. Nur 4 Prozent sagten, sie erlebten nie physische Gewalt, 20 Prozent erlebten häufig physische Gewalt, 46 Prozent gelegentlich. Bei psychischer Gewalt erlebten nur 5 Prozent keine solche Gewalt, 10 Prozent häufig und 40 Prozent gelegentlich. Die Schulschliessungen wegen Corona hatten Auswirkungen auf die Psyche. Es war wissenschaftlich nicht begründet, dass Kinder eingesperrt und die Schulen geschlossen wurden. Vor Corona lag das Risiko für psychische Auffälligkeiten bei 18 Prozent. Nach der Lockdown-Politik stieg es auf 31 Prozent. Psychosomatische Beschwerden nahmen massiv zu. Junge Menschen haben Probleme mit dem Einschlafen, Kopfschmerzen, sind niedergeschlagen und gereizt. Das ist kein Wunder, wenn man anschaut, was euch seit Jahren über die sogenannte Klimakrise erzählt wird. Die Linken und Grünen erzählen euch, dass die Welt im Jahr 2030 untergeht. Dann ist angeblich der «Point of no Return» erreicht. Ab diesem Moment haben wir keine Chance mehr, als Menschheit zu überleben. Ausserdem müsst ihr Krieg erleben, verursacht durch eine falsche Politik der Grossmächte und der NATO. Ihr lebt von einer Krise zur nächsten. Ihr nennt den psychischen Zustand junger Menschen Diskriminierung. Als ich jung war, ging es darum, welche Kärtchen oder Autos man tauscht, welche Spiele man spielt. Heute müssen die Jungen leider in einer Welt voller Gewalt, Einschränkungen und Probleme aufwachsen. Da erstaunt es mich nicht, dass die psychische Gesundheit der Kinder leidet und man Vorstösse einreicht, die ein Ende der Diskriminierung verlangen. Diese Diskriminierung ist ein Symptom jener Ursachen, die ich aufgezählt habe. Diese



Ursachen können nicht mit Sozialarbeit behoben werden. Schuld daran ist das Versagen der etablierten Politiker. Aufgrund der Einwanderung kommen zudem viele Kinder aus Ländern zu uns, die ein anderes Verhältnis zu Gewalt haben. Das müssen die Jungen auf dem Pausenplatz erleben. Das Versagen der Politik müssen wir auf übergeordneter Ebene regeln. Es tut mir leid, dass ihr in diesem depressiven Setting aufwachsen müsst. Ich wünsche euch eine Rückkehr zur Normalität und dass ihr eine unbeschwerte Kindheit geniessen könnt, ohne Gewalt, Krieg, Lockdown und Einschränkungen.

Weitere Wortmeldungen:

Yasmine Bourgeois (FDP): Das Anliegen des Vorstosses ist auch der FDP wichtig. Selbstverständlich stehen wir gegen jegliche Art von Rassismus oder Diskriminierung ein. Allerdings gibt es in der Stadt bereits viele Angebote und Anlaufstellen. Eine davon ist die Fachstelle für Gewaltprävention. Diese ist sehr schnell zur Stelle, wenn in den Schulen ein Problem auftaucht. Zum Angebot gehören Kurse oder Workshops mit einzelnen Schülerinnen und Schülern oder Interventionen mit ganzen Schulklassen. Lehrpersonen werden ebenfalls beraten. Ausserdem gibt es für Kinder und Jugendliche verschiedene Möglichkeiten, sich Hilfe zu holen, wenn sie in Not sind oder Beratung brauchen – auch anonym. Es gibt zum Beispiel die Anlaufstelle Rassismus oder die Fachstelle Mobbing und Belästigung, die Jugendberatung der Stadt Zürich und die Schulsozialarbeit. Entgegen Samuel Balsigers (SVP) Votum kann die Schulsozialarbeit vieles auffangen. Es gibt weiter die Notrufnummer 147 der Pro Juventute oder Online-Angebote wie www.sorgentelefon.ch. Die Schulen der Stadt Zürich sind sensibilisiert und bieten an den meisten Orten Programme gegen Mobbing und Diskriminierung an; beispielsweise die Peacemaker-Programme, die im Vorstoss erwähnt werden. Die FDP unterstützt das Anliegen, ist aber der Meinung, dass der Vorstoss offene Türen einrennt und das, was gefordert wird, bereits vorhanden ist. Deshalb braucht es keinen Rahmenkredit, sondern mehr Aufklärung darüber, wo sich Jugendliche und Eltern informieren können.

Ruedi Schneider (SP): Die SP unterstützt den Jugendvorstoss, der konkrete Massnahmen gegen Diskriminierung an Schulen in drei Bereichen fordert. Die Jugendlichen haben im Vorstoss aufgezeigt, dass Diskriminierung an Schulen fatale Folgen haben kann. Zuletzt konnte man lesen, dass die kantonalen Bildungsdirektionen wegen der steigenden Zahl von Schüler*innen, die nicht zur Schule gehen, alarmiert sind. Es gibt bereits gewisse Angebote und Massnahmen, die in der Umsetzung sind. Aber für uns ist klar, dass weitere wie im Vorstoss geforderte Massnahmen dringend nötig sind, um Diskriminierung an Schulen zu bekämpfen. Die Meldestelle, die dieses Jahr als Sofortmassnahme eingeführt wurde, genügt nicht und erfüllt die Forderung der Jugendlichen noch nicht. Eine Meldestelle muss alle Formen von Diskriminierung berücksichtigen, unabhängig und bei Schüler*innen und Eltern bekannt sein. Das ist noch nicht der Fall.

Sophie Blaser (AL): Als Jugendliche kennt ihr eure Situation und euren Bedarf. Euch zu erklären, was ihr – abgesehen vom Vorstoss – hättet tun können, bringt nichts, weil ihr eure Möglichkeiten kennt. An gewissen Schulen ist tatsächlich viel vorhanden. An



anderen ist kaum etwas institutionalisiert. Der Umgang miteinander muss erlernt werden und ist auch im Lehrplan 21 abgebildet. Als Gesellschaft müssen wir darüber sprechen, was es braucht, um miteinander eine Gemeinschaft sein zu können; welche Regeln es gibt und wie wir diese leben wollen. Immer wieder darüber zu sprechen, was in Ordnung ist, was nicht und welchen Umgang wir miteinander wollen, nennt man Diskriminierungssensibilität. Spannend finde ich, dass es in der Stadt Zürich vor 30 Jahren noch Schulhäuser mit unterschiedlichen Treppenhäusern gab: zwei für Buben und eines für Mädchen. Das war eine Diskriminierung. Schülerinnen wehrten sich dagegen. Heute sind wir von unterschiedlichen Treppenhäusern weggekommen. Trotzdem ist Diskriminierung nicht aus dem Schulalltag wegzudenken, genauso wie aus dem Rest der Gesellschaft. Deshalb erachtet es die AL als richtig und wichtig, mehr zu tun. Es stimmt, dass es Fachstellen und Angebote gibt. Die wenigsten Schulen kümmern sich aber proaktiv darum. Vielleicht weil sie Angst davor haben, als woke zu gelten oder mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, Kinder zu indoktrinieren. Deshalb bin ich froh, dass der Vorstoss aus den Reihen der Jugendlichen kommt, die damit ein Bedürfnis äussern.

Stefan Reusser (EVP): Wir haben es gehört: Es gibt eine Fachstelle Gewaltprävention. Allerdings ist es so, dass dort für den Bereich der Schulen genau zwei Personen zuständig sind. Das ist viel zu wenig. Auch andere Fachstellen sind in diesem Bereich teilweise völlig überlastet. Aus diesem Grund muss die Jugendarbeit einschreiten, obwohl sie andere Aufgaben hätte. Die Fraktion Die Mitte/EVP sieht, dass es weitere Unterstützung und Weiterbildungen braucht. Aus diesem Grund unterstützen wir den Vorstoss.

Selina Walgis (Grüne): Der Vorstoss zeigt, dass noch nicht genug gegen Diskriminierung an Schulen gemacht wird. Yasmine Bourgeois (FDP) hat aufgezählt, was alles gemacht wird. Das ist super und geht in die richtige Richtung. Aber wenn die Jugendlichen einen solchen Vorstoss formulieren, zeigen sie damit, dass leider noch nicht genug gemacht wird. Ich sehe selber noch einige Baustellen: Man sollte das Lehrpersonal in diesem Bereich breiter weiterbilden. Auch Lehrmittel, die flächendeckend eingesetzt werden, sind oft diskriminierend. Lehrpersonen müssten dafür sensibilisiert sein. Es muss noch viel mehr getan werden, sodass Kinder und Jugendliche auf Personen zugehen können, wenn sie Unterstützung brauchen. Gleichzeitig muss proaktiv etwas gegen Diskriminierung gemacht werden. Die Grünen unterstützen den Vorstoss.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Mit diesem Vorstoss werden beim Stadtrat offene Türen eingemacht. Deshalb sind wir bereit, ihn entgegenzunehmen. Ich muss aber sagen, dass heute schon sehr viel gemacht wird. Yasmine Bourgeois (FDP) hat es erwähnt. Es liegt auf der Hand, dass nie genug gemacht werden kann. All den Votantinnen und Votanten, die konkrete Beispiele nannten, wäre ich sehr dankbar, wenn sie damit auf mich zukämen. Dann können wir es konkret angehen. Am Schluss kommt es auf die Sensibilität in der Schule selber an. Wir führen regelmässig Veranstaltungen für Schulleitungen durch,



4 / 4

damit sie eine erhöhte Sensibilität für das Thema Diskriminierung und Gewalt an Schulen entwickeln. Wir können nichts befehlen, aber wir möchten die Sensibilität fördern. Unsere Stellen sind sehr aufmerksam und verfolgen jeden Fall, der gemeldet wird. Aber am Schluss muss es auch über die Lehrpersonen gehen. Deshalb kann ich nur wiederholen: Wenn Sie konkrete Hinweise haben, wo etwas nicht gut läuft, bin ich dankbarer Abnehmer. Wir haben über 100 Schulen und 7 Schulkreise. Die Weisung läuft über diese Präsidien. Als Stadt können wir nur die Sensibilität erhöhen und das tun wir.

Der Jugendvorstoss wird gemäss Art. 159 Abs. 1 GeschO GR als Postulat GR Nr. 2024/444 (Umwandlung) mit 80 gegen 32 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat